

Reaktion der SPÖ (12.09.2005)

Klarstellung von Barbara Prammer, zweite Nationalratspräsidentin

Zur Aussage, »die SPÖ mache die Einführung der Homoehe nicht zu einer Koalitionsbedingung mir Schwarz« in einem Artikel im Standard vom 10./11. September stellt die Zweite Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer fest, dass sie Irene Brickner keine aktuelles Interview gegeben habe. Mit der Redakteurin habe vor einigen Wochen ein Telefongespräch stattgefunden, in dem über Koalition nur am Rande gesprochen worden sei. Und zwar dahin gehend, wie weit weltanschauliche Diskrepanzen zwischen Schwarz und Rot Koalitionsfragen generell schwierig machen und nicht allein auf die Homoehe beschränkt sind.

»Eingetragene Partnerschaften sind ein unabdingbares Muss, da sie nicht nur den Menschenrechten entsprechen, sondern die Basis für ein Familienrecht bilden, das seinen Platz im 21. Jahrhundert hat,« sagt Prammer. »Ein Regierungspaket ohne nachhaltige Gleichstellungsinitiativen – dazu hört auch die eingetragene Partnerschaft - ist für mich unvorstellbar.«

Reaktion der Grünen (13.09.2005)

Keine Aufregung, bitte!

Lunacek: Koalitionen gibt es nur mit sich bewegenden PartnerInnen

Für uns Grüne ist die rechtliche Gleichstellung für Lesben und Schwule ein notwendiges Muss, egal mit welcher Partei. Wir werden - bei entsprechendem Wahlergebnis - nach der nächsten Nationalratswahl Koalitionsverhandlungen führen. Das Grüne Modell für lesbische und schwule Paare beinhaltet die Einführung des Zivlpaktes "Zip" für gleich- und verschiedengeschlechtliche Paare sowie die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule.

Im Telefon-Interview, das Irene Brickner vor einigen Wochen mit mir geführt hat, habe ich das gesagt, womit ich u.a. zitiert werde: Die ÖVP werde sich bei etwaigen Koalitionsverhandlungen mit den Grünen "bewegen müssen", denn es herrsche "massiver Handlungsbedarf". Von der "Homoehe" war nicht die Rede. Dass es bei Koalitionsverhandlungen jeglicher Kombination harte Bedingungen und Vorgaben gibt, ist klar. Wenn dem nicht so wäre, bräuchte man/frau ja gar keine Verhandlungen beginnen.....

An alle KritikerInnen aus der Community und der Szene: Es gibt bei den Grünen weder "vorausseilenden Gehorsam" noch werden unsere "Anliegen bereits jetzt dem Wettstreit um eine Koalition mit der katholisch-konservativen ÖVP" geopfert (Zitat des Rechtskomitee Lambda). Ganz im Gegenteil: Wir haben schon 2003 hart mit der ÖVP verhandelt, die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen war dabei ein wichtiger Punkt. Und wir haben diese Verhandlungen abgebrochen, als wir gesehen haben, dass die ÖVP nicht annähernd bereit war, in den sensiblen Fragen - wozu die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen gehört - nachzugeben.

Ulrike Lunacek ist Nationalratsabgeordnete der Grünen und Sprecherin für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und TransGenders.